**OLDENBOURG
GRUNDRISS DER
GESCHICHTE**

**OLDENBOURG
GRUNDRISS DER
GESCHICHTE**

**HERAUSGEGEBEN
VON
LOTHAR GALL
KARL-JOACHIM HÖLKESKAMP
HERMANN JAKOBS**

BAND 28

DIE USA VOR 1900

VON
WILLI PAUL ADAMS

2. Auflage

R. OLDENBOURG VERLAG
MÜNCHEN 2009

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

© 2009 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München
Rosenheimer Straße 145, D-81671 München
Internet: oldenbourg.de

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht).
Satz: primustype R. Hurler GmbH, Notzingen
Druck: MB Verlagsdruck Ballas, Schrobenhausen
Bindung: Buchbinderei Kolibri, Schwabmünchen

ISBN 978-3-486-58940-5

VORWORT DER HERAUSGEBER

Die Reihe verfolgt mehrere Ziele, unter ihnen auch solche, die von vergleichbaren Unternehmungen in Deutschland bislang nicht angestrebt wurden. Einmal will sie – und dies teilt sie mit manchen anderen Reihen – eine gut lesbare Darstellung des historischen Geschehens liefern, die, von qualifizierten Fachgelehrten geschrieben, gleichzeitig eine Summe des heutigen Forschungsstandes bietet. Die Reihe umfaßt die alte, mittlere und neuere Geschichte und behandelt durchgängig nicht nur die deutsche Geschichte, obwohl sie sinngemäß in manchem Band im Vordergrund steht, schließt vielmehr den europäischen und, in den späteren Bänden, den weltpolitischen Vergleich immer ein. In einer Reihe von Zusatzbänden wird die Geschichte einiger außereuropäischer Länder behandelt. Weitere Zusatzbände erweitern die Geschichte Europas und des Nahen Ostens um Byzanz und die Islamische Welt und die ältere Geschichte, die in der Grundreihe nur die griechisch-römische Zeit umfaßt, um den Alten Orient und die Europäische Bronzezeit. Unsere Reihe hebt sich von anderen jedoch vor allem dadurch ab, daß sie in gesonderten Abschnitten, die in der Regel ein Drittel des Gesamtumfangs ausmachen, den Forschungsstand ausführlich bespricht. Die Herausgeber gingen davon aus, daß dem nacharbeitenden Historiker, insbesondere dem Studenten und Lehrer, ein Hilfsmittel fehlt, das ihn unmittelbar an die Forschungsprobleme heranzuführt. Diesem Mangel kann in einem zusammenfassenden Werk, das sich an einen breiten Leserkreis wendet, weder durch erläuternde Anmerkungen noch durch eine kommentierende Bibliographie abgeholfen werden, sondern nur durch eine Darstellung und Erörterung der Forschungslage. Es versteht sich, daß dabei – schon um der wünschenswerten Vertiefung willen – jeweils nur die wichtigsten Probleme vorgestellt werden können, weniger bedeutsame Fragen hintangestellt werden müssen. Schließlich erschien es den Herausgebern sinnvoll und erforderlich, dem Leser ein nicht zu knapp bemessenes Literaturverzeichnis an die Hand zu geben, durch das er, von dem Forschungsteil geleitet, tiefer in die Materie eindringen kann.

Mit ihrem Ziel, sowohl Wissen zu vermitteln als auch zu selbständigen Studien und zu eigenen Arbeiten anzuleiten, wendet sich die Reihe in erster Linie an Studenten und Lehrer der Geschichte. Die Autoren der Bände haben sich darüber hinaus bemüht, ihre Darstellung so zu gestalten, daß auch der Nichtfachmann, etwa der Germanist, Jurist oder Wirtschaftswissenschaftler, sie mit Gewinn benutzen kann.

Die Herausgeber beabsichtigen, die Reihe stets auf dem laufenden Forschungsstand zu halten und so die Brauchbarkeit als Arbeitsinstrument über eine längere Zeit zu sichern. Deshalb sollen die einzelnen Bände von ihrem Autor oder einem anderen Fachgelehrten in gewissen Abständen überarbeitet werden. Der Zeitpunkt der Überarbeitung hängt davon ab, in welchem Ausmaß sich die allgemeine Situation der Forschung gewandelt hat.

Lothar Gall

Karl-Joachim Hölkeskamp

Hermann Jakobs

*Johannes und Thomas gewidmet,
deren junges Leben auch von der Entstehung dieses Buches
beeinflusst worden ist.*

INHALT

Vorwort	XIII
I. Darstellung	1
Einführung: Die großen Themen der amerikanischen National- geschichte	1
a) Nationalgeschichtliche Synthesen und Periodisierung	1
b) Die großen Themen der amerikanischen Nationalgeschichts- schreibung	6
1. Territorium: Die Expansion des Staatsgebiets	6
2. Bevölkerung und Gesellschaftsstrukturen: Von der kolonia- len Besiedlungspolitik zur multiethnischen Gesellschaft	8
3. Wirtschaft: Vom kolonialen Merkantilismus zur Freihandels- politik der Weltmacht	9
4. Politisches System und Innenpolitik: Verfassungsnormen und Praxis der Demokratie	11
5. Internationale Beziehungen: Von der Kolonie zur Welt- macht	12
6. Geistes- und Kulturgeschichte vom Puritanismus zum Kul- turkampf der Religiösen Rechten um 1990	14
1. Die europäische Expansion und Kolonialgesellschaften, 1600–1763	18
a) Die Ureinwohner um 1600	18
b) Europäische Entdecker und Siedlungen	20
c) Neufrankreich 1608–1763	21
d) Englands „jungfräuliches Land“: Virginia und die anderen südlichen Kolonien	23
e) Neuengland und der Puritanismus	26
f) Die Mittelkolonien: New York, New Jersey, Pennsylvania	29
g) Britische Kolonialherrschaft und Kolonialkriege	31
h) Amerikanische Selbstregierung	34
2. Die Amerikanische Revolution und Nationalstaatsgründung, 1763–1789	37
a) Widerstand gegen Besteuerung ohne Repräsentation	37
b) Der Unabhängigkeitskrieg	42
c) Das neue politische System: Einzelstaatsverfassungen und Kon- föderation	45
d) Die Verfassung der Union	48

3. Die expandierende Republik, 1789–1860	53
a) Kontinentale Expansion: Die Ausdehnung des Staatsgebiets bis zum Pazifik	53
b) Bevölkerung, Binnen- und Einwanderung, ethnische Gruppen	56
c) Politisches System, Innen- und Außenpolitik bis 1823	59
d) Politik im Zeitalter des <i>common man</i> , 1824–50	64
e) Agrarwirtschaft und Frühindustrialisierung	68
f) Ausprägung einer nationalen Kultur vor 1860	72
4. Der Alte Süden, die Sklavenwirtschaft, der Süd-Nord-Konflikt, 1789–1860	76
a) Der Süden als Region	76
b) Sklaverei und Plantagenwirtschaft	77
c) Ende der Sklaverei im Norden, Widerstand der Sklaven, Gegner der Sklaverei	80
d) Die Eskalation des Süd-Nord-Konflikts 1850–1860	83
5. Der Sezessionskrieg und die Wiederherstellung der nationalen Einheit, 1860–1877	88
a) Sezession, Gründung der Confederate States of America	88
b) Der Sezessionskrieg als erster „moderner“ Krieg	90
c) „Reconstruction“: Die Wiedereingliederung des Südens in die Union	94
d) Mentale Folgen: Nationalismus und Vergangenheitsbewältigung nach dem Sezessionskrieg	97
6. Industrialisierung, 1860–1900	100
a) Die führende Industrienation	100
b) Günstige Bedingungen der Industrialisierung	100
c) Regionale Differenzierung	101
d) Neue Waren, Dienstleistungen und Techniken	102
e) Geldpolitik, Goldstandard und Silbermünzen	105
f) Konzentration, Kartelle, Monopole, Trusts	106
g) Arbeiter, Gewerkschaften, Streiks	108
h) Landwirtschaft	111
7. Gesellschaft und Politik, 1877–1900	112
a) Bevölkerung, Einwanderung, Urbanisierung	112
b) Politische Parteien und Bewegungen	118
c) Verfassungsrechtsprechung, Föderalismus	122
d) Gesellschaftstheorien; Anzeichen einer Kultur der „Moderne“	122
8. Internationale Beziehungen im Zeitalter des Imperialismus	127
a) Von der kontinentalen Expansion zum überseeischen Imperialismus	127
b) Der Krieg gegen Spanien um Kuba und die Philippinen	130

II. Grundprobleme und Tendenzen der Forschung	133
Einführung: Die großen Themen und Interpretationen der amerikanischen Nationalgeschichte	133
a) Nationalgeschichtsschreibung: Definitionen, Periodisierung, Interpretationsrichtungen	133
b) Die großen Themen	139
1. Territorium: Die Expansion des Staatsgebiets und die Ausprägung der Großregionen	139
2. Bevölkerung: Von der englischen Siedlerkolonie zur multiethnischen Gesellschaft	142
3. Wirtschaft: Vom kolonialen Merkantilismus zur Freihandelspolitik der Weltmacht	146
4. Politisches System und Innenpolitik: Vom englischen Konstitutionalismus und den republikanischen Idealen von 1776 zur präsidentialen Fernsehdemokratie	147
5. Internationale Beziehungen: Aus kolonialer Abhängigkeit zur dominanten Weltmacht	152
6. Ideen und Werte: Geistes- und Kulturgeschichte vom Puritanismus zum Kulturkampf der Religiösen Rechten um 1990 ..	154
1. Die europäische Expansion, Kolonialherrschaft und Kolonialgesellschaften, 1600–1763	158
a) Entdecker und Entdeckte	158
b) Erste europäische Siedlungen	160
c) Neuengland und der Puritanismus	161
d) Die Mittelkolonien New York und Pennsylvania	163
e) Britische Kolonialherrschaft	163
f) Amerikanische Selbstregierung	164
2. Die Amerikanische Revolution und Nationalstaatsgründung, 1763–1789	165
a) Gesamtdarstellungen und Interpretationen	165
b) Widerstand gegen Besteuerung ohne Repräsentation	167
c) Der Unabhängigkeitskrieg	168
d) Von der Konföderation zur Bundesverfassung	169
3. Die expandierende Republik, 1789–1860	172
a) Gesamtinterpretationen, Historiographie	172
b) Expansion bis zum Pazifik, internationale Beziehungen und Kriege	173
c) Bevölkerung, Binnen- und Einwanderung, ethnische Gruppen ..	176
d) Politik und Verfassung von Washington bis Lincoln	177

e) Die Wirtschaft in der Phase der Frühindustrialisierung	180
f) Die Ausprägung einer nationalen Kultur	182
4. Der Alte Süden, die Sklavenwirtschaft und der Süd-Nord-Konflikt, 1789–1860	184
a) Der Süden als Region: Überblicke, Interpretationen, Historiographie	184
b) Sklaverei und Plantagenwirtschaft	185
c) Sklavenbefreiung	188
d) Eskalation des Süd-Nordkonflikts	189
5. Sezessionskrieg und Rekonstruktion der Nation, 1860–1877	192
a) Gesamtdarstellungen, Interpretationen	192
b) Sezession und die Confederate States of America	193
c) Kriegsverlauf	194
d) „Reconstruction“: Wiederherstellung der nationalen Einheit	195
e) Die Bundesverfassung und Bürgerrechte nach dem Sieg des Nordens	196
f) Vergangenheitsbewältigung: der öffentlich erinnerte Bürgerkrieg	197
6. Industrialisierung, 1860–1900	198
a) Industrie	198
b) Landwirtschaft; der „Neue Süden“; <i>homesteads</i> im Westen	199
c) Neue Waren, Massenkonsum	201
d) Konzentration, Kartelle und Trusts	201
e) Arbeiter, Gewerkschaften, Streiks, Einwanderer	202
7. Gesellschaft und Politik, 1877–1900	205
a) Das „Ende“ der <i>frontier</i>	205
b) Einwanderung	207
c) Urbanisierung und Sozialreformen	208
d) Politische Bewegungen und Parteien	210
e) Auswärtige Beziehungen	213
f) Gesellschaftstheorien, „Modernist Culture“	215
III. Quellen und Literatur	217
A. Quellen	218
1. Archive und quellenkundliche Nachschlagewerke	218
2. Publierte Quellen	218
a) Mehrere Fachgebiete betreffend	218
b) Statistiken	219

c) Regierungspublikationen	219
d) Politisches System, Verfassung, Politikgeschichte	220
e) Sozial- und Wirtschaftsgeschichte	221
f) Ideen- und Kulturgeschichte	221
 B. Literatur	 223
 Allgemeiner Teil	 223
1. Bibliographische Hilfsmittel	223
2. Nachschlagewerke	223
3. Historiographie, Gesamtdarstellungen, Interpretationen	224
4. Sozialgeschichte	227
5. Historische Geographie, Ökologie	230
6. Regierungssystem, politische Bewegungen und Ideen	231
7. Politikbereiche	233
8. Wirtschaftsgeschichte	235
9. Ideen- und Kulturgeschichte	236
 Literatur zu den chronologisch definierten Kapiteln	 238
1. Die europäische Expansion, Kolonialherrschaft und Kolonial- gesellschaften, 1600–1763	238
2. Die Amerikanische Revolution und Nationalstaatsgründung, 1763–1789	242
3. Die expandierende Republik, 1789–1860	245
4. Der Alte Süden, die Sklavenwirtschaft und der Süd-Nord-Konflikt, 1789–1860	251
5. Der Sezessionskrieg und die Wiederherstellung der nationalen Ein- heit, 1860–1877	254
6. Hochindustrialisierung, 1860–1900	257
7. Gesellschaft und Politik, 1877–1900	260
 Anhang	 267
1. Abkürzungen	267
2. Zeittafel	270
3. Die Präsidenten der Vereinigten Staaten	278
4. Register	280

VORWORT

Dieser Band des Oldenbourg Grundriß der Geschichte skizziert die Entwicklung der sich ab 1776 „The United States of America“ nennenden Nation und ihrer ethnisch-kulturell höchst heterogenen Bevölkerung vor 1900. Band 29 der Reihe behandelt die USA im 20. Jahrhundert. Damit jeder Band für sich als Studienbuch benutzbar ist, hat der Verlag großzügigerweise nicht auf einer künstlich scharfen Schnittstelle i. J. 1900 bestanden, sondern mir Vor- bzw. Rückgriffe gestattet, um längerfristige Tendenzen aufzeigen zu können. Daraus ergeben sich einige beabsichtigte Wiederholungen. Auch die Einführung in die Periodisierung und „großen Themen“ der amerikanischen Geschichte erscheint in beiden Bänden, ebenso die komplette Zeittafel und Präsidentenliste im Anhang.

In der Tradition amerikanischer nationalgeschichtlicher Synthesen wird die politikgeschichtliche Struktur verbunden mit dem gesamtgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Wandel, den die Bürger mit Hilfe der politischen Institutionen und Verhaltensregeln zu steuern versuchten. Ziel ist also eine umfassend verstandene politische Gesellschaftsgeschichte: die staatliche Organisation und demokratische Selbstregierung des ersten unabhängigen Staates, den ausgewanderte Europäer in gewaltsamer Auflehnung gegen europäische Kolonialherrschaft in Übersee gründeten.

Der Forschungsbericht im zweiten Teil des Bandes erfaßt insbesondere die großen Interpretationsfragen und Kontroversen, die die amerikanische Geschichtswissenschaft seit ihrer Professionalisierung um 1880 bewegt haben. Auch im amerikanischen Fall dienten Historikerkontroversen der Vergangenheitsbewältigung und damit der Artikulation des nationalen Gedächtnisses, das die nationale Identität ebenso mit definiert wie geographische, klimatische und andere Existenzbedingungen. Der Literaturauswahl im dritten Teil zugrunde liegen die Auswahlbibliographien amerikanischer Handbücher für den akademischen Unterricht und die Rezensionen in den maßgeblichen Fachzeitschriften seit 1960. Neuere Monographien, Sammelbände und Literaturberichte wurden bevorzugt, weil sie den Zugang auch zur historiographisch einflußreichen älteren Literatur erschließen. Hinzugefügt wurde die seit um 1960 an Bedeutung gewinnende deutschsprachige Fachliteratur. Die Vorbemerkung zur Literaturliste (Teil III) enthält die wichtigsten Internetadressen, um weitere und neueste Fachliteratur zu finden.

Statistische Angaben ohne Quellenangabe entstammen den zweibändigen *Historical Statistics of the United States* [34: United States Bureau of the Census, *Historical Statistics* (1975)] oder dem ebenfalls vom Bureau of the Census herausgegebenen jährlichen *Statistical Abstract of the United States*. Die groß geschriebenen Adjektive „Demokratisch“ und „Republikanisch“ verweisen auf die Parteinamen. Neuerem amerikanischem Sprachgebrauch entsprechend wird „Afroamerikaner“ und „Schwarze“ gleichbedeutend verwendet. Die im Deutschen wert-

neutrale Bezeichnung „Indianer“ wird beibehalten, auch wenn in der amerikanischen Fachliteratur von „Native Americans“ die Rede ist. Gruppenbezeichnungen wie „Einwanderer“, „Siedler“ oder „Arbeiter“ werden nicht in ihrer weiblichen Form wiederholt, wenn die geschlechtsneutrale Bedeutung aus dem Zusammenhang offenkundig ist.

Für kollegiale Hilfe und Rat in ihren jeweiligen Fachgebieten danke ich den Kollegen und Kolleginnen am John F. Kennedy Institut für Nordamerikastudien der Freien Universität Berlin, insbesondere Knud Krakau und Michaela Hönicke (Geschichtsabteilung), Carl-Ludwig Holtfrerich und Gerd Hardach (Wirtschaftsabteilung) und Heinz Ickstadt (Literaturabteilung). Dem Herausgeber des *Journal of American History*, David Thelen, danke ich für Angaben zur Produktion der amerikanischen Historikerzunft. Ohne die computerkundigen und weit über ihrer Tarifgruppe inhaltlich engagierten und kompetenten studentischen Helfer Kathy Alberts, Michael Steinmetz, Inka Karschies und Marc Kothé hätte ich die Informationsmenge nicht bewältigen können; ihre unverblümt kritische erste Lektüre („Was soll das denn heißen?“) kommt hoffentlich Lesern des fertigen Texts zugute. Kein einziger Historiker ist heute Experte auf allen in diesem Band in dem Zeitraum von 300 Jahren angesprochenen Teilgebieten. Deshalb nehme ich Verbesserungsvorschläge von allen Sachkundigen für eine eventuelle Neuauflage dankend entgegen.

Die Reihenherausgeber, insbesondere Lothar Gall, und der Verlag haben sehr viel mehr Geduld aufgebracht, als ich jemals hätte in Anspruch nehmen dürfen. Für das kompetente Fachlektorat im Oldenbourg Verlag danke ich der Lektorin und Historikerin mit eigener Amerika-Expertise Cordula Hubert.

Der größte Teil der genannten Fachliteratur ist zugänglich in der dem nationalen und internationalen Fernleihverkehr angeschlossenen Bibliothek des John F. Kennedy Instituts für Nordamerikastudien, Freie Universität Berlin, Lansstraße 7, D-14195 Berlin (www.fu-berlin.de/jfki/welcome.html).

Berlin, im Juli 1999

Willi Paul Adams

I. Darstellung

EINFÜHRUNG DIE GROSSEN THEMEN DER AMERIKANISCHEN NATIONALGESCHICHTE

A) NATIONALGESCHICHTLICHE SYNTHESEN UND PERIODISIERUNG

Als Teil der amerikanischen Nationalgeschichte gilt heute die gesamte Entwicklung des Territoriums der 50 Vereinigten Staaten, auch bevor die jeweilige Region von Europäern besiedelt und Bestandteil des Staatsgebiets der USA im völkerrechtlichen Sinn wurde. Auch die teilweise Jahrtausende alten Stammesgeschichten der Ureinwohner werden auf dem Weg über die Regionalgeschichte z. B. Arizonas und New Mexicos und die dazugehörigen typischen Landschaftsbilder zum Bestandteil des kulturellen Erbes und damit der nationalen Identität der seit 1776 Vereinigten Staaten gemacht. Auf diese Weise wird dem Territorium, der Landschaft, dem Klima, den natürlichen Lebensbedingungen eine prägende Kraft zugesprochen, die aus allen Menschen, die in diesem Raum leben, gleich ob sie aus Asien, Afrika, oder Europa zugewandert sind, „Amerikaner“ macht. Dieser Gedanke lag auch dem „environmentalism“ Frederick Jackson Turners zugrunde, dessen Essay über die „Bedeutung der *frontier* in der amerikanischen Geschichte“ (1893) nachhaltig die Gesamtinterpretation der amerikanischen Geschichte beeinflusst hat. Dem Primat des Territoriums folgt auch das amerikanische Staatsbürgerrecht mit seinem *ius soli*, dem Recht des Bodens (nicht dem *ius sanguinis*, dem Recht des Blutes). Nicht die genetische Abstammungsgemeinschaft verleiht die Zugehörigkeit zum amerikanischen Staatsvolk, sondern die Siedlergemeinschaft.

Rückwirkende
Definition des
Staatsgebiets

Primat des Terri-
toriums

Dieser vom späteren Staatsgebiet ausgehend rückwirkende Entwurf der Nationalgeschichte erfaßt auch die konkurrierenden Siedlungsversuche der nicht englischsprachigen Europäer, also auch die ersten spanischen Entdeckungsfahrten und Eroberungen. Der Rückblick auf Kolumbus nach 500 Jahren löste 1992 in den Vereinigten Staaten eine so kontroverse öffentliche Diskussion aus, wie es normalerweise nur zentrale Ereignisse der eigenen Nationalgeschichte tun. Man konnte darüber fast vergessen, daß Kolumbus das Gebiet der späteren USA nie betreten hat. Zu erklären, weshalb die spanische Krone ihren ursprünglichen Anspruch auf ganz Nordamerika nicht hat durchsetzen können und wie auch die französischen,

niederländischen und schwedischen Siedlungen auf dem amerikanischen Festland dem britischen Empire vor 1763 eingefügt wurden, ist selbstverständlicher Bestandteil der Gründungsgeschichte der amerikanischen Nation.

Die dauerhafte
Verbindung
Nordamerikas und
Europas

Die Nachfolgestaaten des britischen Empire in Nordamerika blieben auch nach der anfänglichen Kolonialisierung Bestandteile eines europäisch-nordamerikanischen Kulturkreises, eines Wirtschaftskreislaufs und Arbeitskräftemarkts und eines Einsatzgebietes militärischer Macht. Englands Sprache, Kultur und intellektuelles Leben verbanden die englischsprachigen Kolonialgesellschaften untereinander und mit dem Mutterland. Der amerikanische Protestantismus ist vom Puritanismus bis zur sozialreformerischen Social Gospel-Bewegung um 1900 eine Variante des englischen. Die gelehrten Puritaner und andere christliche Theologen des 17. und 18. Jahrhunderts fühlten sich einer Glaubens-, Diskussions- und Missionsgemeinschaft mit ihren Amtsbrüdern in England, Deutschland, Holland und der Schweiz zugehörig. Die Naturbeobachter und Experimentatoren des Zeitalters der Aufklärung – z. B. Benjamin Franklin – waren korrespondierende Mitglieder der Akademien und Wissenschaftlichen Gesellschaften in London, Stockholm und Paris. Die gemeinsame Sprache verband auch die Nachkommen der Auswanderer über die Staatsgrenzen und den Atlantik hinweg mit dem Mutterland. Auf allen Kommunikationsebenen, in Bildung, Wissenschaft, Politik, Recht und Religion, Hoch- und Populärkultur entstand eine dauerhafte *special relationship* zwischen den USA, Großbritannien und Kanada. Auch die amerikanische Außenpolitik ist stets Bestandteil der von den europäischen Großmächten bis 1914 dominierten Weltpolitik gewesen.

Bei aller Verselbständigung und Eigendynamik der inzwischen auch um andere ethnisch-kulturelle Komponenten bereicherten amerikanischen Gesellschaft und trotz des Status der USA als Pazifikanrainer bleibt ihr europäischer Entstehungszusammenhang und die sich seit 1949 in der NATO ausdrückende Wertegemeinschaft immer noch prägend. Im folgenden Grundriß der amerikanischen Nationalgeschichte werden die europäischen Ursprünge, Rahmenbedingungen und fortdauernden Verbindungen noch wiederholt aufgezeigt.

Periodisierung der
amerikanischen
Nationalgeschichte

Die Einteilung der amerikanischen Nationalgeschichte in Perioden oder Epochen ist im wesentlichen nicht mehr umstritten. Kriege als nationale Anstrengungen und Katastrophen verursachten auch im amerikanischen Fall mehrfach Zäsuren, nicht nur im politischen Leben, und bestimmen deshalb Teile der konventionellen Periodisierung:

(1) Die 1607 mit der Besiedlung Virginias einsetzende englische Kolonialherrschaft in Nordamerika erreichte ihren Höhepunkt mit der Eroberung Quebecs 1759 und dem Sieg über die französische Armee und Flotte im nordamerikanischen Teil des Siebenjährigen Kriegs, genannt The French and Indian War (1754–61).

(2) Die Amerikanische Revolution umfaßt die Phase des Widerstandes gegen die Steuergesetzgebung von Krone und Parlament seit 1765 und den Unabhängigkeitskrieg (1775–81) und fand ihren Abschluß mit der Bundesstaatsgründung

durch die Verabschiedung der Bundesverfassung einschließlich des in ihr enthaltenen Grundrechtskatalogs von 1787 bis 1791. Englische Historiker beharren allerdings bis heute auf 1783, dem Jahr der diplomatischen Anerkennung der Rebellen durch Großbritannien, als Wendemarke in der Geschichte des britischen Empire.

(3) In der Periode der „Early Republic“ (1789–1837) wandelten sich die republikanischen Institutionen wie ihre Amtsträger: von der fast-royalen Distanziertheit und steifen Würde Präsident Washingtons (Amtszeit 1789–97) bis zum volkstribunähnlichen Westler Andrew Jackson (1829–37), der die Ämterpatronage zugunsten seiner Demokratischen Partei und die Herrschaft des durch kein Zensuswahlrecht mehr gehemmten gemeinen Mannes (*common man*) zum Prinzip erklärte. Der in dieser Phase geführte zweite Krieg gegen England (*The War of 1812*) wird trotz seines unentschiedenen Ausgangs als zweiter Unabhängigkeitskrieg und Beweis des erstarkten amerikanischen Nationalismus gewertet.

(4) Das ansonsten kaum benutzte Fremdwort *antebellum* ist zum Etikett der tragischen drei oder vier Jahrzehnte vor 1860 geworden, in denen der Interessengegensatz der sklavenhaltenden Südstaaten und den die Ausdehnung der Sklavenehaltung in die neuen Staaten westlich des Mississippi ablehnenden Nordstaaten unaufhaltsam aufeinanderprallten. Die territoriale Ausdehnung der USA bis nach California als Ergebnis des Krieges gegen Mexiko (1846–48) beschleunigte den Konflikt.

(5) Der gewaltsamste, verlustreichste und folgenreichste Entwicklungsschritt in der nationalgeschichtlichen Evolution war der heute meist Civil War, in den Südstaaten auch noch War between the States genannte Sezessionskrieg (1861–65). Als Kriegsfolge, nicht als ursprüngliches Kriegsziel, wurde die Sklaverei durch Verfassungsänderung verboten und die Machtfrage zugunsten des nordstaatlichen Föderalismuskonzepts entschieden: kein Staat der Union kann eigenmächtig aus dem Bundesstaat austreten.

(6) Lincolns Ermordung 1865 hat wahrscheinlich dazu beigetragen, daß das Jahrzehnt des nur teilweise erfolgreichen Wiederaufbaus der Union von 1865 bis 1877, die Phase der „Reconstruction“ und militärischen Besetzung des Südens, meist als eigenständige Periode beschrieben wird.

(7) In den Jahrzehnten der Hochindustrialisierung und Urbanisierung großer Teile der Nordstaaten und der Masseneinwanderung aus Süd- und Osteuropa wird unterschieden zwischen einer Frühphase des Laufenlassens – von Mark Twain sarkastisch „Vergoldetes Zeitalter“ (Gilded Age, ca. 1865–1880) genannt – und der reformaktiven Progressive Era (ca. 1890–1920). Die Vertreibung Spaniens von Kuba und den Philippinen 1898 manifestierte imperiale Außenpolitik, avancierte jedoch nicht zur Epochenlinie.

(8) Nicht der Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 in Europa, sondern die Beendigung des Krieges mit amerikanischen Truppen 1917/18 und Präsident Woodrow Wilsons 1919 in wesentlichen Teilen gescheiterter Versuch, die Nachkriegsordnung zu gestalten, werden als Zäsur in der amerikanischen Innen- und Außenpolitik registriert.

(9) „The Twenties“ hat sich als erstes der Dekaden-Etikette durchgesetzt, weil der Börsenkrach von 1929 und der folgende sich zur Weltwirtschaftskrise vertiefende Konjunkturreinbruch eine Wohlstandsdekade ganz besonderen Charakters auf verheerende Weise beendete.

(10) „The Thirties“ haften im nationalen Gedächtnis als Katastrophenjahrzehnt des Versagens der in den 1920er Jahren hochgepriesenen kapitalistischen Wirtschaft und als die Zeit der von Präsident Franklin D. Roosevelt (1933–45) durchgesetzten „New Deal“-Gesetze, die die Kompetenzen der Bundesregierung erstmalig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und anderen wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen sowie detaillierterer staatlicher Regulierung der Wirtschaft einsetzten.

(11) Mit dem Zweiten Weltkrieg (1939–45) erzwangen die Europäer wiederum einen drastischen Wandel in der amerikanischen Politik und Wirtschaft. Erst die Rüstungs- und Kriegswirtschaft beseitigte die Arbeitslosigkeit, und der Überfall Japans im Dezember 1941 auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor zog die USA voll in die Kriegsallianz der Westmächte hinein.

(12) „Kalter Krieg“ nannten dann auch die Historiker die 45 Jahre der Abwehr des repressiven Herrschaftsanspruchs der expansiven Sowjetunion in Mitteleuropa und anderen Regionen. Nur das „Gleichgewicht des Schreckens“, das atomare Vernichtungspotential auf beiden Seiten, bewirkte die kontrollierte Entspannung (*detente*), nachdem im Oktober 1962 der Versuch, sowjetische Raketen auf Kuba zu stationieren, die gefährlichste Konfrontation amerikanischer und sowjetischer Streitkräfte ausgelöst hatte. Nach weiterem massivem Wettrüsten brach die Herrschaft der Kommunistischen Parteien mit der Sowjetunion als ihrem Imperium ab 1989 in unerwartet friedlicher Weise zusammen und ermöglichte 1990 die von Präsident Bush aktiv unterstützte Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

(13) In der inneren Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft werden die von Wohlstand und Konservatismus geprägten 1950er Jahre (Amtszeit des Republikaners Eisenhower 1953–61) abgegrenzt von den

(14) „Turbulent Sixties“, in denen die Demokratischen Präsidenten Kennedy (1961–63) und Johnson (1963–69) die Hoffnungsträger im amerikanischen Wortsinne „liberaler“ Reformen waren. Insbesondere Johnson und sein konservativer Nachfolger Nixon hatten den massiven Eingriff der USA in den vietnamesischen Bürgerkrieg (1965–73) zu verantworten. Große Protestbewegungen gegen den Krieg und gegen staatliche und kulturelle Autoritäten wie z. B. Universitätsleitungen bewirkten eine bis heute nachwirkende Zäsur.

(15) Die Reaktion einer traditionsgeleiteten „schweigenden Mehrheit“ und „religiösen Rechten“ auf die kulturellen Umbrüche der Fünfziger und der Sechziger Jahre mobilisierten die Republikanischen Präsidenten Nixon (1968- de facto Amtsenthebung 1974), Reagan (1981–89) und Bush (1989–93) zu ihren Gunsten. Sie betrieben eine stolz als konservativ bezeichnete Wirtschafts- und Sozialpolitik und eine aktive antikommunistische Außenpolitik. Die Wahl und Wiederwahl des gemäßigt Demokratischen Präsidenten Clinton (1992, 1996) und die Wahlen eines

mehrheitlich konservativen, d. h. fiskalpolitisch sparsamen Kongresses (1994, 1996) sind bislang nicht als Wendepunkte der amerikanischen Nationalgeschichte gewertet worden. Der Versuch des konservativsten Flügels der Republikaner, Clinton wegen moralischer Verfehlung und Meineid des Amtes zu entheben (1998/99), scheiterte.

Diese Feingliederung läßt sich nach dem Maßstab europäischer Nationalgeschichten in fünf verfassungsrechtlich klar abgrenzbare Regimes oder „Republiken“ zusammenfassen: Die Konföderation von der Ausrufung der Unabhängigkeit bis zum Inkrafttreten der Bundesverfassung (1776–1788); die Erste Republik bis zum Ende des Sezessionskrieges (1788–1865), der entschied, daß Sklavenhaltung und die Grundwerte von 1776 unvereinbar sind und daß Einzelstaaten die Union nicht ohne deren Zustimmung verlassen können; die Zweite Republik bis zum Zusammenbruch der von gesetzlicher Regulierung weitgehend freien Marktwirtschaft (1865–1933); die aus der politischen wie wirtschaftlichen Systemkrise hervorgegangene Dritte Republik von 1933 bis 1961, in der auf Initiative Roosevelts mit Unterstützung der im amerikanischen Sinn seither „liberalen“ Demokratischen Partei Bundesgesetze die Marktwirtschaft stärker regeln und die Wohlfahrt des einzelnen stärker und direkter schützen als je zuvor. Merkmal der Vierten Republik ab 1961 ist innenpolitisch ein Schub mehr soziale Gerechtigkeit und politische Gleichberechtigung durch den Erfolg der Bürgerrechtsbewegung der Afroamerikaner (Antidiskriminierungs-, Wahlrechts- und Sozialhilfegesetze von 1964 und 1965). Auch die Frauenbewegung verbuchte nach 1960 im Gefolge der heftigen Debatten über soziale Ungleichheiten große Erfolge in der Bildungspolitik, Beschäftigungspolitik und beim Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz. Von der politischen und sozialen Entwicklung vollends in die kulturellmentale Entwicklung hinein wirkte der ab 1965 zunehmende Widerstand gegen die Beteiligung der USA am Bürgerkrieg in Vietnam. Dieser Widerstand prägte das Bild der antiautoritären, idealistischen Jugend, das wir rückschauend mit der Dekade 1965–75 verbinden. Einen merklichen Wandel in der Herkunft und Anzahl der Einwanderer bewirkte das Einwanderungsgesetz von 1965 und löste damit eine erneute Diskussion um das Selbstverständnis der USA als Einwanderland aus. In der Außenpolitik gibt es um 1961 keine entsprechend eindeutige Zäsur, weil der Kalte Krieg – lediglich auf kontrollierterem Niveau – weiterging.

Bisher hat sich in der Republikanischen Partei und im Obersten Bundesgericht keine Mehrheit dafür gefunden, die Kompetenzen der Bundesregierung, insbesondere ihr wohlfahrtsstaatliches Engagement und die soziokulturelle Liberalität so stark zu reduzieren, daß eine qualitativ neue Phase des Regierungssystems erreicht worden wäre.

Die Konföderation

Erste Republik

Zweite Republik

Dritte Republik

Vierte Republik

B) DIE GROSSEN THEMEN DER AMERIKANISCHEN NATIONALGESCHICHTS-
SCHREIBUNG

1. Territorium: Die Expansion des Staatsgebiets

Kontinentale und
überseische
Expansion

Die Expansion des Staatsgebiets – von den ersten Hütten englischer Siedler am sumpfigen Ufer des James River in Virginia (1607) zum Herrschaftsbereich der Weltmacht mit überseeischen Besitzungen, die sich von den Virgin Islands in der Karibik (seit 1917) bis Guam im Pazifik (seit 1898) erstrecken – bildet ein fundamentales Thema und Strukturelement der amerikanischen Nationalgeschichtsschreibung. Nicht die Entwicklung eines kulturell-biologisch definierten Volkstammes – wie in den meisten europäischen Nationalgeschichten –, sondern die Beherrschung und wirtschaftliche Erschließung von Territorium ist das Basismotiv der historischen Erinnerung im amerikanischen Fall.

In der nationalen Erinnerung war die Ausdehnung des Bundesstaates bis zum Pazifik *eine* kontinuierliche und im Kern unaufhaltsame Landnahme, die allein durch Nutzung und Besiedlung, eben das im 19. Jh. immer wieder beschworene gottgewollte Schicksal, das „manifest destiny“ der zivilisatorisch Überlegenen, gerechtfertigt wurde. Die dabei ausgeübte Gewalt gegen die Ureinwohner und gegen rivalisierende Europäer war bedauerlich, aber unvermeidbar. Bis zur Konsolidierung der kanadischen Kolonien Englands als Dominion of Canada (1867) blieb die Aussicht auf eine mehr oder weniger gewaltsame Eingliederung in die USA ein Schreckgespenst unter kanadischen Politikern und Publizisten. Die Übergabe von Oregon an die USA geschah erst 1846 nach drei Jahrzehnten gemeinsamer englisch-amerikanischer Verwaltung und nicht immer friedlicher rivalisierender Besiedlung. Alaska gilt irgendwie als Sonderfall, der „natürlich“ zu Festlandsamerika gehört. Der Erwerb überseeischer Besitzungen war hingegen ein umstrittener Akt des Imperialismus und konnte durchaus korrigiert werden, wie im Fall der Philippinen, Kubas und der für das Jahr 2000 vereinbarten Freigabe der Panamakanalzone.

Auf dem seit 1959 gleichberechtigten Unionsstaat Hawaii gibt es keine ernsthafte Unabhängigkeitsbewegung. Die Mehrzahl der Wähler des einzigartigen Commonwealth of Puerto Rico hält seit Jahrzehnten ihren Zwitterstatus als amerikanische Bürger mit nicht stimmberechtigter Vertretung in Washington und eingeschränkter Selbstregierung für vorteilhafter als die mehrfach zur Abstimmung gestellte Unabhängigkeit. Auch das journalistische Reizwort von einer „schleichenden Reconquista“ durch legale und illegale Einwanderer entlang der mexikanischen Grenze bezeichnet nicht das Ziel einer nationalen Befreiungsbewegung, sondern dramatisiert die akzeptierte Überlegenheit des amerikanischen Staates: die Rückgabe New Mexicos an Mexiko wollen die mit ihrem Heimatland unzufriedenen Saisonarbeiter und Wirtschaftsflüchtlinge genau nicht, sondern bessere Lebensbedingungen in seinen bestehenden Grenzen. Das Staatsgebiet der USA ist heute durch keine separatistischen Bewegungen nach dem Muster Quebecs bedroht.

Als „den Westen“ bezeichnet die amerikanische Nationalgeschichte heute meist die Staaten westlich des Mississippi. Von dieser Region zu unterscheiden ist jedoch die wiederholte *frontier*-Erfahrung im Sinn des Vorschiebens der Siedlungsgrenze der Europäer nach Westen. Diese Erfahrung begann in Nordamerika 1564 mit dem spanischen Fort St. Augustine an der Atlantikküste des heutigen Florida. Weder die spanische noch die 1607 mit Jamestown einsetzende englische oder die 1608 mit dem Handelsposten Quebec beginnende französische Besiedlung bildete jemals eine kontinuierliche *frontier*-Linie oder ununterbrochene Grenzzone, die systematisch Meile um Meile, Jahr um Jahr, von Osten nach Westen in breiter Front die Indianer zurückgedrängt und die Grenze der Zivilisation der Europäer vorgeschoben hätte. Die Rivalität der europäischen Kolonialmächte führte vielmehr zu einer sprunghaften, nicht nur von den Hafenstädtchen am Atlantik oder dem Golf von Mexiko, sondern auch von einer Vielzahl Handels-, Militär- und Missionsstationen an den Großen Seen tief im Landesinneren ausgehenden, oft unkoordinierten Ausbreitung europäischer Wohngebiete.

Die *frontier* und
der Westen

Die Vielfalt der örtlichen Siedlungsbedingungen und Erfahrungen bewirkte bereits in der Kolonialzeit ein stark ausgeprägtes Bewusstsein von den regionalen Eigenarten und Interessen. Seit Ende des Sezessionskriegs haben sich die klimatisch-wirtschaftlich und kulturell-historisch definierten Großregionen im öffentlichen Bewusstsein nicht mehr geändert: (1) „The South“ wird meist differenziert nach den 1861 abgefallenen elf Confederate States of America, den in der Union bleibenden Border States und dem Southwest (New Mexico, Arizona, Nevada). Texas wird wechselweise beiden Großregionen zugerechnet. Die Nordstaaten nördlich der Mason-Dixon-Linie werden differenziert betrachtet nach den (2) New England States, (3) Mid-Atlantic States (insbesondere New York und Pennsylvania) und dem (4) Midwest (auch: Old North West) von Ohio bis Wisconsin. Der Transmississippi-Westen wird grob unterteilt in die (5) Prärie-Staaten (Plains States) und (6) die Pazifikstaaten vom derzeit bevölkerungsreichsten Einzelstaat California bis Washington und dem wegen seiner Randlage und Naturschönheit benedeten Außenseiter Alaska.

Regionalismus
und Nation

Die erstaunliche Weiterwanderungsbereitschaft vieler Siedler vom 17. Jahrhundert an darf nicht über die Ausprägung und Konstanz des Regionalbewusstseins hinwegtäuschen. „The South“ und „New England“ sind lediglich die prominentesten Beispiele der Mehrzahl soziokultureller regionaler Identitäten, die Folgen für die politische Kultur der Nation gehabt haben und deren Ensemble die nationale Identität ausmacht, einschließlich der zu nationalen Ikonen gewordenen regionalen Wahrzeichen von der Hafeneinfahrt New Yorks bis zur Hafeneinfahrt San Franciscos. Nationalbewusstsein und Regionalismen bedingen einander wie das Ganze und seine Teile. Starkes Regionalbewusstsein bildet die dauerhafte emotionale Grundlage des ausgeprägten politischen Föderalismus.

2. Bevölkerung und Gesellschaftsstrukturen: Von der kolonialen Besiedlungspolitik zur multiethnischen Gesellschaft

Siedlungsgeschichte Die Ausdehnung des Staatsgebiets und das Wachstum seiner Bevölkerung sind nur in der analysierenden Rückschau trennbare Vorgänge. Die amerikanische Nationalgeschichtsschreibung vereint über weite Strecken beide Vorgänge zu *einer* Siedlungsgeschichte, zu *einem* nationalen Epos der Landnahme, Binnen- und Einwanderung. Die leidvollen Begleitumstände werden nicht verschwiegen, aber die Pionierleistung der Europäer, die sie zu Amerikanern machte, ist das fundamental positive Leitmotiv der nationalen Geschichte. Bestandteil der seit Jahrzehnten auch in den Schul- und Studienbüchern ungeschminkten Bevölkerungsgeschichte ist die Situation der beinahe ausgerotteten Ureinwohner und der seit 1619 auch auf den nordamerikanischen Kontinent verschleppten Afrikaner, die bis 1865 größtenteils versklavt waren. 1990 machten die Nachkommen der Sklavinnen und teils afrikanischer, teils europäischer Väter etwa 12% der Gesamtbevölkerung aus.

Einwanderungsgeschichte Um der raschen Bevölkerung willen öffnete die englische Krone ihre Kolonien auch deutschen und anderen Kontinentaleuropäern. Die amerikanische Regierung setzte die liberale Einwanderungspolitik bis zum Quotengesetz von 1924 fort, und die USA wurden das klassische Einwanderungsland unzufriedener Europäer. Schätzungsweise 55 Millionen von ihnen überquerten zwischen 1607 und 1930 den Atlantik, darunter etwa 7 Millionen aus deutschsprachigen Ländern. Der Zustrom schwankte mit der amerikanischen Konjunktur, und die Herkunftsgebiete wechselten je nach den erwarteten Lebenschancen und der Unterdrückung ethnisch-religiöser Gruppen in Europa. Die von 1882 bis 1965 (China bis 1943) streng regulierte asiatische Einwanderung blieb gering; ihre Nachkommenschaft machte 1990 nur 3% der Gesamtbevölkerung aus. Die „Hispanics“ oder „Latinos“ genannten Zuwanderer aus lateinamerikanischen Ländern, gleich welcher Rasse, machten 1990 bereits 9% der Gesamtbevölkerung der USA aus und nehmen weiter zu.

Schmelztiegel und kultureller Pluralismus Da die Angloamerikaner eine Nation mit *einer* Sprache und Kultur sein wollten, verlangten sie als Preis für den Erwerb der Staatsbürgerschaft nach nur fünf Jahren die Akzeptanz ihrer politischen und soziokulturellen Grundnormen und rudimentäre Englischkenntnisse. Das mehrdeutige Bild vom Schmelztiegel (*melting pot*, geläufig erst seit 1908) wird seit den 1920er Jahren ergänzt und gemildert durch die prinzipielle Anerkennung der Existenz auf Dauer unterscheidbar bleibender ethnischer und rassischer Gruppen, den inzwischen als genuin amerikanisch bezeichneten kulturellen Pluralismus.

Klassenstruktur Schon lange vor Tocqueville ist europäischen Reisenden in Amerika die geringe Anzahl der Bettler und die Breite der Mittelklasse im Land ohne rechtlich privilegierten Adelsstand aufgefallen. Die Schicht der besonders erfolgreichen Kaufleute, Großplantagenbesitzer und Großunternehmer war keine nach unten abgeschottete Kaste. Die englischer Tradition entsprechenden Mindestbesitzklauseln

in den Wahlrechtsgesetzen der Einzelstaaten wurden bis 1830 abgeschafft. Präsident Andrew Jackson und seine Demokratische Partei fürchteten im Unterschied zu den Gründervätern keine Tyrannei besitzloser Wählermehrheiten mehr.

Fragen nach der „sozialen Mobilität“, den Erfolgchancen von Aufsteigern bzw. der Chancungleichheit zwischen den Generationen und ethnischen Gruppen, fehlen in keinem Kapitel der professionellen und populären historischen Erinnerung. Hinter den gleichen Zahlen sahen marxistische Historiker eine eindeutige, rigide Klassenstruktur, liberale Historiker systemimmanent reformierbare Ungerechtigkeit und konservativ-patriotische Historiker den Beweis für die Überlegenheit des amerikanischen Systems gegenüber allen anderen. Die meisten Autobiographien feiern das Ideal des *self-made man*. Kern des „amerikanischen Traums“ ist der Glaube an die Erfolgchancen der Tüchtigen bei Chancengleichheit. Die unbekümmerte Formel vom „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“ hingegen projizierte erst 1903 der deutsche Wirtschaftsjournalist Ludwig Max Goldberger mit dem Titel seines USA-Reiseberichts auf das in der Hochindustrialisierungsphase befindliche Amerika.

3. Wirtschaft: Vom kolonialen Merkantilismus zur Freihandelspolitik der Weltmacht

Territoriale Expansion, schnelle Bevölkerungsvermehrung und wirtschaftliches Wachstum sind drei miteinander verflochtene Stränge der nationalen Erfolgsgeschichte. Die Ausgangsbedingungen waren günstig. Englische Kolonialherrschaft bedeutete gezielte wirtschaftliche Entwicklung unter Einsatz englischen Kapitals im umfassenden Wortsinn. Der Schutz durch die Royal Navy gehörte ebenso dazu wie der nach den Grundsätzen des Merkantilismus geschützte Markt. Als die Rechnung ab 1765 allzu eindeutig zugunsten der Metropole London aufzugehen schien, begann die lokale Elite der Peripherie von Boston bis Savannah ihre Selbständigkeit zu proben, organisierte den Widerstand und verkündete am 6. April 1776 mit der Öffnung der amerikanischen Häfen für Handelsschiffe aus aller Welt (außer britischen) ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit. Der Anspruch auf freien Handel mit aller Welt – insbesondere auf den Absatz amerikanischer Landwirtschaftserzeugnisse – ist seither eine konstante und nachdrückliche Forderung amerikanischer Außenhandelspolitik.

Kolonialwirtschaft

Freihandel

Die Bundesverfassung begründete ab 1788 einen Wirtschaftsraum ohne wirtschaftlich relevante Binnengrenzen. „Interstate commerce“ und Einfuhrzölle unterlagen nun zweifelsfrei und ausschließlich der Regelung durch die Bundesregierung. Die Höhe von Schutzzöllen wurde zum permanenten Streitobjekt zwischen den Parteien und war Thema vieler Wahlkämpfe. Gemeinsame wirtschaftliche Interessen lagen der Bundesstaatsgründung von 1787/88 zugrunde; divergierende wirtschaftliche Interessen der südlichen Sklavenhalterstaaten und der nördlichen freien Staaten gefährdeten sie. Bei der Entwicklung neuer Staaten im Westen prallten beide Interessen aufeinander. Jenseits des Mississippi siedelnde Südstaat-

Konflikte der Regionalinteressen

ler wollten auf ihre Sklaven nicht verzichten, weil ohne sie der profitable Baumwollanbau nicht möglich war. Aber die nach Westen ziehenden Farmer Neuenglands und des Mittelwestens wollten ausschließlich *free labor*, durchaus auch aus dem rassistischen Motiv, die *frontier democracy* auf Euroamerikaner zu begrenzen.

- Industrialisierung Den Sezessionskrieg als Materialschlacht entschieden die Eisenbahnlinien und Fabriken des voll in der Industrialisierung begriffenen Nordostens. 1860 waren die Vereinigten Staaten, nach England, die zweitgrößte Industrienation. Die Versuche, die von der Sklaverei befreiten Südstaaten zu industrialisieren („The New South“), mißlangen bis auf wenige Ausnahmen.
- Hochindustrialisierung Die unregelte Hochindustrialisierung mit ihrer Abfolge von scharfer Konkurrenz, Konzentration und Monopolbildung (Standard Oil Trust, 1879) verbilligte einerseits viele Verbrauchsartikel und Maschinen, führte jedoch auch zu brutalen Geschäftspraktiken und zu teilweise menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen in den Großstädten von New York bis Pittsburgh und Chicago. In Reaktion darauf wurde 1890 das erste Kartellgesetz (Anti-Trust Act) des Bundes erlassen. Es war so schwach, daß es 1914 durch ein Trustkontrollgesetz ersetzt wurde, das zugleich die Gewerkschaften davor schützte, von einem feindlich gesonnenen Obersten Bundesgericht wie Konspirateure oder Kartelle behandelt zu werden. In der Rückschau als „Progressive Movement“ zusammengefaßte Sozialreformgruppen innerhalb und außerhalb der politischen Parteien kämpften um politischen Einfluß für „civic reforms“ und „good government“ gegen korrupte Karrierepolitiker.
- Regulierung und Reformen
- Great Depression Nach vielen kleineren, *recessions* genannten Konjunkturinbrüchen brach 1929 im Gefolge des New Yorker Börsenkrachs der staatlich kaum beaufsichtigte Aktienmarkt zusammen und löste – nun The Great Depression genannt – die größte soziale Krise seit Bestehen der USA aus. Bezugspunkte amerikanischer Wirtschaftspolitik bis heute bleiben die Weltwirtschaftskrise und die New Deal genannten Wirtschaftssteuerungs- und Sozialhilfegesetze unter Präsident Franklin D. Roosevelt (1933–45). Roosevelt praktizierte erstmalig antizyklische Staatsausgaben auf Kredit in Friedenszeiten, auch ohne die *deficit spending*-Theorie des englischen Ökonomen John Maynard Keynes im Detail zu kennen und zu befürworten.
- national debt* Den Umgang mit einer mehr oder weniger drückenden Bundesschuld (*national debt*) hatten Präsident und Kongreß seit der Finanzierung des Unabhängigkeitskrieges und des Sezessionskrieges geübt. Die Finanzierung der seit 1965 eingeführten sozialstaatlichen Bundesprogramme und der Teilnahme am Bürgerkrieg in Vietnam sowie die des Wettrüstens mit der Sowjetunion trieb die Bundesschuld unter Präsident Reagan (1981–89) in Rekordhöhe. Fiskal-Konservative fordern seither eine Verfassungsänderung, die jedes Jahr einen ausgeglichenen Bundeshaushalt verlangt. 1990 führten die USA mit einem Bruttoinlandsprodukt von 5,5 Mrd. Dollar und einem Pro-Kopf-Einkommen von 18 696 Dollar die Weltwirtschaft an.

4. Politisches System und Innenpolitik: Verfassungsnormen und Praxis der Demokratie

In der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung verband sich die Behauptung staatlicher Souveränität mit der Beschränkung der Regierungsmacht durch Grundrechte des Bürgers. Herrschaft, die nicht dem Schutz von „life, liberty, and the pursuit of happiness“ dient und die nicht auf der Zustimmung der (nicht näher definierten) Regierten beruht, darf auch gewaltsam verändert werden. Auch wenn Sklavenbesitzer diese Grundwerte republikanischer Regierung formulierten – das in den Grundrechteerklärungen der Einzelstaaten wiederholte Bekenntnis der sozialen und politischen Elite zu Volkssouveränität, Gleichheit vor dem Gesetz und verfassungsmäßig beschränkter Regierungsgewalt setzte Normen. Ihre Achtung ist seither ununterbrochen eingefordert worden. Die naturrechtlich fundierten Werte von 1776 bilden zusammen mit den 1787–91 vereinbarten Verfassungsregeln und Grundrechten den bis heute wirksamen demokratischen Gründungsmythos. Seine normative Kraft ist bis heute ungebrochen. Er konnte seine Wirksamkeit nur mit Hilfe der bereits in der Kolonialzeit weitgehend freien Presse entfalten. Ein breiter demokratischer Konsens liegt auch den Werturteilen zugrunde, die die Mehrzahl der professionellen amerikanischen Interpreten der amerikanischen Nationalgeschichte im 20. Jahrhundert in Forschung, Lehre und Publizistik vertreten hat.

Der demokratische Konsens, Konflikte friedlich nach den Regeln auszutragen, die die Bundesverfassung vorsieht und die die Mehrheit der Obersten Bundesrichter interpretiert, ist bislang nur einmal zerbrochen: als elf Südstaaten 1861–65 Bürgerkrieg gegen die Restunion führten und die Nordstaaten mit Waffengewalt die staatliche Einheit und ihre Verfassungsinterpretation behaupteten. Das Militär blieb den zivilen Regierungsorganen immer untergeordnet. Kein Militärputsch brachte einen Caudillo an die Macht. Auch mitten in Kriegen fanden turnusgemäß Präsidentenwahlen statt (1864, 1916, 1940, 1968). Parteien und Politiker, die den Verfassungskonsens aufkündigten – z. B. die Communist Party of the USA (CPUSA), militante Gewerkschafter wie die International Workers of the World (IWW) und Malcolm X als Advokat eines gewaltbereiten *black nationalism* – haben bislang keine Wählermehrheiten mobilisieren können.

Das einfache Mehrheitswahlrecht begünstigte ein Zwei-Parteiensystem, das extremen Positionen geringe Chancen gibt. Sozialistisch-revolutionäre Ideen und Bewegungen haben daher – unabhängig vom Ausmaß sozialer Mißstände wie etwa 1896, 1912, 1932 und 1936 – im Kongreß und im Weißen Haus keinen direkten Einfluß ausüben können. Gleiches gilt für rechtsradikale Bewegungen. Mehr Schaden als die im ganzen Lande tausendfach Grundrechte verletzende und Karrieren zerstörende antikommunistische Kampagne des Senators Joseph McCarthy während des Koreakrieges 1950–54 hat bislang keine rechtsextreme Bewegung angerichtet.

Konflikte um die Machtverteilung zwischen Regionen und Zentralregierung durchziehen die Politikgeschichte des amerikanischen Bundesstaates. Die Bun-

Der demokratische Gründungsmythos

Pressefreiheit

Der Verfassungskonsens

Mehrheitswahlrecht

Extremismus

Föderalismus

desregierung übernahm nicht nur die zentralen Kompetenzen der Kolonialmacht, sondern auch das traditionelle Mißtrauen und den Selbstbehauptungswillen der Regionen gegenüber der Zentrale. Die völlige Unterordnung der Regionen unter eine souveräne Zentrale wie in England oder Frankreich war in den USA nie möglich. Auch nach ihrer eindeutigen militärischen Niederlage brauchten die Südstaaten 1865 nicht etwa eine politische Schwächung durch Zusammenlegung oder durch eine langfristige Militärregierung zu befürchten. Ungebrochen galt das 1787 in der *Northwest Ordinance* festgelegte antikolonialistische Prinzip der Erweiterung des Staatsgebiets in Gestalt völlig gleichberechtigt in die Union aufzunehmender Einzelstaaten. Erst die Bewältigung der Wirtschaftskrise 1933–1938 entschied endgültig und eindeutig die Machtbalance zwischen Bund und Einzelstaaten zugunsten von Kongreß, Präsident und Oberstem Bundesgericht.

Sozialpolitik Sozialpolitik im Sinn staatlicher statt privater Fürsorge für Arme und Kranke hat in den Einzelstaatsparlamenten und in Washington später als in Europa die für Gesetzgebung notwendigen Mehrheiten gefunden. Selbsthilfe war die Losung der Siedlergesellschaft. Das englische frühneuzeitliche Armenrecht überließ Hilfsbedürftige dem Mitgefühl ihrer Kommune. An erster Stelle standen die Hilfe von Familie, Nachbarschaft, Kirchengemeinde und allenfalls die Kasse eines privaten Versicherungsvereins, ergänzt durch private Wohltätigkeit. Seit etwa 1820 errichteten Einzelstaaten Waisenhäuser und *asylum* genannte Anstalten für Geisteskranke. Erst um 1900 bewirkten Initiativen des Progressive Movement zunächst in den Einzelstaaten Sozialgesetze, die Teile der privaten Wohltätigkeit ablösten. Mit dem Social Security Act übernahm erst 1935 auch die Bundesregierung Verantwortung für die Finanzierung wesentlicher Bereiche des modernen Sozialstaats, die 1965 noch einmal wesentlich ausgeweitet wurden (Medicare, Medicaid).

5. Internationale Beziehungen: Von der Kolonie zur Weltmacht

Der Wunschtraum der „Isolation“ Auch nach der völkerrechtlichen Bestätigung der Souveränität der neuen Nation mit dem Friedensvertrag von 1783 blieb die „Isolation“ von Europas Konflikten und Kriegen ein schöner Wunschtraum. Denn weiterhin entschieden oder beeinflussten Konstellationen in Europa – insbesondere die Rivalität europäischer Dynastien und die Interessen von Staaten – über Krieg und Frieden, Wirtschaft, Handel und Bevölkerung in Nordamerika. Noch im Sezessionskrieg fürchtete Lincoln eine Parteinahme der Engländer zugunsten der Baumwolle liefernden Südstaaten. Das Verhältnis der USA zu den lateinamerikanischen Kolonien/Staaten war nie frei vom Einfluß europäischer Machtverhältnisse und Ambitionen – wie wäre es sonst 1823 zur Monroe-Doktrin und der späteren interventionistischen Lateinamerikapolitik gekommen? Auch die Erzwingung der „offenen Tür“ in China und die übrige Ostasienpolitik der USA waren nicht das Ergebnis souveräner Selbstbestimmung, sondern Teil eines Wettlaufs mit europäischen Mächten um Märkte, Rohstoffe und militärstrategische Vorteile, dem die Hüter des amerikanischen Nationalinteresses sich nicht entziehen konnten. In die beiden das

20. Jahrhundert weitgehend prägenden Weltkriege wurden die USA widerstrebend hineingezogen.

Die wertorientierte Rechtfertigung aktiven politischen und militärischen Eingreifens der USA in europäische und andere globale Konflikte im 20. Jahrhundert formulierte Präsident Wilson 1917 in seiner Begründung der Kriegserklärung an das Deutsche Reich: „The world must be made safe for democracy.“ Demokratie und Freiheit blieben auch die am meisten wertbefrachteten Begriffe in der bis 1989 andauernden Systemkonkurrenz mit der kommunistischen Parteidiktatur in der Sowjetunion. Nach 1945 versuchten die USA mit Hilfe der im wesentlichen von ihnen gegründeten Vereinten Nationen und der NATO aktiver als nach dem Ersten Weltkrieg, die internationale Ordnung zu gestalten. Der unter Stalin nach 1945 expandierende Herrschaftsbereich der Sowjetunion in Mitteleuropa und Asien, die ebenfalls mit Kernwaffen bestückten sowjetischen Interkontinentalraketen und die konkurrierende Ideologie des Kommunismus wurden in Washington als weltweite Herausforderung empfunden und hielten die USA vollends davon ab, sich von der Alten Welt zu isolieren und sich in eine autonome Wagenburg Nordamerika zurückzuziehen.

Demokratische
Werteorientierung

Aus der britischen Kolonialherrschaft in Nordamerika sind zwei Nachfolgestaaten hervorgegangen. Da kein von Osten nach Westen verlaufendes Hochgebirge oder eine andere natürliche Grenze die beiden Staaten voneinander trennt – die Großen Seen definieren weniger als ein Fünftel der Staatsgrenze –, haben menschliche Entscheidungen und Handlungen das Territorium beider Staaten definiert. Von den ersten Eroberungsversuchen von 1775/76 bis zur staatlichen Festigung des Dominion of Canada 1867 waren die amerikanisch-kanadischen Beziehungen von einem grundlegenden Mißtrauen des kleineren Partners gegenüber dem um das etwa Zehnfache gewichtigeren Nachbarn geprägt. Die Größe des im Norden weithin menschenleeren kanadischen Territoriums fiel dabei nicht ins Gewicht. Viele englischsprachige Kanadier – von den Frankokanadiern ganz zu schweigen – definieren ihre Identität immer noch als Nicht-Amerikaner.

Die besonderen
Beziehungen zu
Kanada

Interessenwahrende Abgrenzung, wirtschaftliche Dominanz und nötigenfalls militärische Intervention kennzeichneten das Verhältnis der USA gegenüber den Nachfolgestaaten des spanischen Kolonialreiches, nicht etwa selbstlose, ideologisch gerechtfertigte republikanisch-schwesterliche Hilfe. Die bereits genannte Monroe-Doktrin drückte 1823 ein weit verbreitetes und permanentes Überlegenheitsgefühl und die Bereitschaft zur Ausübung der Schutzmachtrolle auf dem gesamten Doppelkontinent aus. Die geringe Macht der erst 1948 gegründeten Organization of American States und die späte Aufnahme auch nur Mexikos (1992/93) in die North American Free Trade Association (NAFTA) mit Kanada entspricht dem wirtschaftlichen wie politischen und militärischen Machtgefälle zwischen anglo- und hispanisch-Amerika. Die über 2000 km lange offene Grenze mit Mexiko kann jedoch auch die Weltmacht nicht für illegale Einwanderer schließen. Die in großer Zahl Arbeit und Wohlstand suchenden Lateinamerikaner verbinden die USA auch gegen ihren Willen mit dem ärmeren Nachbarn.

Lateinamerika

6. Geistes- und Kulturgeschichte vom Puritanismus zum Kulturkampf der Religiösen Rechten um 1990

Kulturelle Unabhängigkeit

Im Zentrum der amerikanischen Ideen- und Kulturgeschichte steht seit der Kolonialzeit die intellektuelle Bewältigung menschlicher Existenzfragen unter spezifisch amerikanischen Daseinsbedingungen – in ständiger Auseinandersetzung mit den aus Europa mitgebrachten oder in Europa bekannten Normen und künstlerischen Ausdrucksweisen. Der unauflöslichen Verbindung des europäischen und amerikanischen Marktes für Güter und Arbeitskräfte entsprach die vielfältige intellektuelle Kommunikation. Der intensivste Austausch fand natürlich mit dem englischsprachigen Mutterland statt, griff aber ebenso wie die Einwanderung bald auf den Kontinent über. Bis um 1820 waren die kulturellen Beziehungen geprägt durch das Gefälle zwischen Metropole (London) und Provinz (Boston, Philadelphia, New York, Charleston). Die kulturelle Unabhängigkeitserklärung folgte der staatlichen seit etwa 1830 durch die Autoren James Fenimore Cooper, Ralph Waldo Emerson, Henry David Thoreau, Nathaniel Hawthorne und Walt Whitman. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts entwickelten sich New York, Los Angeles und andere amerikanische Metropolen zu Produktionsstätten und Umschlagplatzen des modernen Kulturbetriebs, die auch Künstler aus Europa anzogen. Die amerikanischen Universitäten und Forschungseinrichtungen profitierten ab 1933 vom Exodus Tausender Geistes- und Naturwissenschaftler, die die deutsche Diktatur vertrieb. Viele junge europäische Wissenschaftler sahen nach 1945 keine Zukunft für sich in dem zerstörtem Europa; der „brain drain“ erreichte während der Expansion der amerikanischen Universitäten in den 1960er Jahren seinen Höhepunkt. Das Studienjahr in den USA wurde für ehrgeizige europäische Schüler und Studenten nach 1950 ebenso zur Pflicht, wie die sommerliche Europarundreise es seither für junge Amerikaner ist – und zwar nicht nur, wie im 19. Jahrhundert, für die Kinder der Reichen.

Vorbild Amerika

Die permanente Europabezogenheit der Intellektuellen unter den Kolonisten fand bereits Ausdruck in der unter den Puritanern beliebten biblischen Metapher von der „Stadt auf dem Berge“ (Matthäus 5:14). Sie nahmen sich gegenseitig in die Pflicht, indem sie ihre Siedlungen am Rand der Wildnis zur Jerusalem vergleichbaren *city upon a hill* erklärten, deren Bewohner aller Welt sichtbar und zum Vorbild bestimmte Ideale menschlichen Zusammenlebens verwirklichen und deren Scheitern die Heilsgeschichte der ganzen Menschheit zurückwerfen würde.

Ab 1776 war es das weltliche Ideal der sich selbst regierenden Republik freier und gleicher Bürger, das Amerika zum letzten „Asyl der Freiheit“ (Thomas Paine) machte. Im 19. und 20. Jahrhundert übernahm das Ideal der von Tocqueville zelebrierten „Demokratie in Amerika“ die gleiche Funktion des politischen Leitwertes. Die stets öffentlich diskutierte Diskrepanz zwischen der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Ungleichheit und den Idealen von Gleichheit und Demokratie tat den Idealen keinen Abbruch, sondern hat die Reformer angespornt.

Voraussetzung für den demokratischen Konsens in der kulturell pluralistischen

Gesellschaft war der Verzicht auf eine Staatskirche und die formale Trennung von Staat und Kirchen. Jüdisch-christliche Werte und Konventionen beeinflussen die Lebenspraxis der Mehrheit der Bürger und ihrer gewählten Vertreter; bislang ist kein bekennender Atheist zum Präsidenten gewählt worden. Doch seit Virginias Gesetz zur Trennung von Staat und Kirchen (1786) und dem entsprechenden Verfassungsgebot im ersten *amendment* von 1791 erleichtert die weitgehende Privatisierung der Religionsausübung die Duldung und politische Bewältigung ethnisch-kultureller Differenzen. Die Vielfalt religiöser Gruppen und Kirchen kennzeichnete bereits 1776 die amerikanische Gesellschaft und hat seither noch zugenommen. Heute existieren sich selbst isolierende Sekten wie die Amish mit etwa 130 000 Mitgliedern (1990) gleichberechtigt neben den großen nationalen Dachverbänden der protestantischen Kirchen und der katholischen Kirche. Von den über 17 Jahre alten Amerikanern identifizierten sich 1991 mit einer der protestantischen Kirchen 56%, mit der katholischen 25%, mit einer jüdischen Gemeinde 2%, mit einer anderen religiösen Gruppierung 6%, mit keiner organisierten Religion 11%. Die Statistik unterscheidet heute nicht weniger als 72 *denominations*. Die größte war 1991 die römisch-katholische Kirche mit 58 Millionen Mitgliedern; die Southern Baptist Convention meldete 15 Millionen Mitglieder; die United Methodist Church 8,7 Millionen; die National Baptist Convention 8 Millionen; die Evangelical Lutheran Church in America 5,2 Millionen; die jüdischen Gemeinden zählten zwischen 4,7 und 5,9 Millionen; die Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage (Mormonen, konzentriert in Utah, Idaho und Arizona) 4,3 Millionen, um nur die größten Gruppierungen zu nennen.

Religiöse Vielfalt,
Trennung von
Staat und Kirchen

Zum Erbe des Puritanismus der Gründungsphase gehörte ein fester Glaube an die Rolle eines „ausgewählten Volkes“, das analog zur Heilsgeschichte auch in der weltlichen Geschichte dem Rest der Welt Vorbild ist. Hinzu kommt das spannungsgeladene Bewußtsein des einzelnen, auf sich selbst gestellt und nur seinem Gewissen verantwortlich zu sein, andererseits aber von den Lebensbedingungen in der Gemeinschaft abhängig zu sein. Daraus ergab sich eine oft rigorose Entschlossenheit, nicht nur sich selbst unaufhörlich zu beobachten, sondern auch die gemeinschaftlichen Lebensverhältnisse detailliert zu gestalten und z. B. das Alleinsiedeln außerhalb von Kirchengemeinden an der *frontier* zunächst zu verbieten, Unterweisung im Lesenlernen obligatorisch zu machen usw. Beides, Individualismus und Konformismus, war von Anfang an ein Erbe des Puritanismus. Das weitgehende Alkoholverbot per Bundesgesetz von 1919 bis 1933 (*prohibition*) ist ohne diese Dialektik nicht zu erklären. Gleiches gilt für das rigorose moralische Engagement anderer Sozialreformbewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts von den Sklavereigegnern bis zu den um die Volksgesundheit bemühten Gegnern der Nikotinsucht um 1990.

Erbe des Purita-
nismus

Auch im kulturellen Leben bedingten Regionalbewußtsein und nationale Identität einander. Dem am stärksten ausgeprägten *sectionalism* der Südstaaten nahm der Bürgerkrieg die separatistische Spitze. Bausteine des in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmenden amerikanischen Kulturnationalismus und Natio-

Regionale Identitäten

nalstolzes sind die als legitim anerkannten regionalen Identitäten und das sich auf den Einzelstaat, die *county* oder die Stadtregion erstreckende Zugehörigkeitsgefühl. Regionale Eigenheiten in Landschaft, Bevölkerung und erinnerter Geschichte – insbesondere der örtlichen Variante der Pionierzeit – liefern die Bilder, die zusammengenommen heute den kulturellen Kern der nationalen Identität ausmachen.

Kultureller Pluralismus

Das Konzept des *cultural pluralism* geht seit Horace Kallens Prägung des Begriffs 1924 in seinem Buch *Culture and Democracy* von der Tatsache aus, daß die Einwohnerschaft des amerikanischen Staates von Anfang an kulturell nicht homogen gewesen ist. Nicht kulturelle Einheitlichkeit, sondern das Nebeneinander verschiedenartiger kultureller Gruppen kennzeichnete bereits die Gesellschaft in der Kolonialzeit. Das tolerante, friedliche Miteinander der im wesentlichen ethnisch-rassisch-religiös definierten Gruppen und die Freiheit des einzelnen, sich in und zwischen diesen Gruppen zu bewegen und seine persönliche Identität zu bestimmen, kennzeichnen das Ideal des amerikanischen kulturellen Pluralismus. Der Philosoph und Gesellschaftskritiker Kallen reagierte mit seinem inzwischen von den meisten liberalen Intellektuellen akzeptierten Konzept auf die einfältige Forderung nach schneller „Assimilierung“ und „Amerikanisierung“ im „Schmelztiegel“, die in besonders hitziger Weise während des Ersten Weltkriegs den Ruf nach Beendigung der für Europäer praktisch unbegrenzten Einwanderung begleitete – eine Forderung, die mit dem Einwanderungsgesetz von 1924 erfüllt wurde. Seit etwa 1980 verwendeten Interessenvertreter der großen Minderheitengruppen der Indianer, Afroamerikaner, Lateinamerikaner und asiatischen Amerikaner den in Kanada seit 1971 gebräuchlichen Begriff des *multiculturalism*, um in der politischen Verteilungsdebatte Ansprüche ihrer jeweiligen ethnischen Gruppe als ein Gruppenrecht – im Unterschied zu liberalen Individualrechten – durchzusetzen und z. B. in Schulen und Universitäten Lehrveranstaltungen zu fordern, die das Eigenwertgefühl der Gruppenmitglieder stärkten. Eine Vielzahl von Ethnic Studies- oder Multicultural Studies-Programmen war die Folge. Deren Gruppenegoismus und künstlich europakritische und antiindividualistische Tendenz wird seit etwa 1990 von liberalen Intellektuellen kritisiert. Sie fordern in einer „postethnischen“ Gesellschaft eine ausgewogenere Verbindung der Vielfalt ethnischer Gruppeninteressen mit der nationalen Gemeinsamkeit. Deren Basis ist seit 1776 eine politische Kultur des sich selbst bestimmenden Individuums, nicht der fürsorglichen Abstammungsgruppe.

Multikulturalismus

Massenkultur, *popular culture*

Einhundert Jahre nach Tocquevilles Aufruf, auch die europäischen Gesellschaften müßten sich auf die in Amerika bereits Wirklichkeit gewordene relative Gleichheit der Vielen und die Nivellierung der Standesgrenzen mit all ihren Begleiterscheinungen in Politik und Kultur vorbereiten, warnten konservative Kulturkritiker in Europa nach dem Ersten Weltkrieg vor dem „Amerikanismus“, einer „Amerikanisierung“ Europas zu einer „Massengesellschaft“ mit einer „Massenkultur“. In der inneramerikanischen Diskussion wies z. B. der Literatur- und Gesellschaftskritiker Van Wyck Brooks 1915 die Kassandrarufo zurück und

lehnte die kategoriale Unterscheidung von *highbrow*- und *lowbrow*- Kultur als ungerechtfertigte Wertung ab. Die Diskussion um den Stellenwert der *popular culture* im Spannungsfeld von Hochkultur und Unterhaltungsindustrie als Ausdrucksform der Moderne ist seither auch in den USA nicht abgerissen.

1. DIE EUROPÄISCHE EXPANSION UND KOLONIAL-GESELLSCHAFTEN, 1600–1763

A) DIE UREINWOHNER UM 1600

Die Geschichte der Ureinwohner wird als Teil der nationalen Gründungsgeschichte der Vereinigten Staaten betrachtet. Als Native Americans werden heute die Nachkommen der ostasiatischen Stämme bezeichnet, die vor mehr als 10 000 Jahren – neue Genanalysen vermuten sogar, vor 50 000 Jahren – über die Landverbindung an Stelle der heutigen Beringstraße ihr Jagdrevier bis nach Alaska und schließlich bis Feuerland ausdehnten. Bebilderte ethnographische Exkurse über Canyons mit Höhlensiedlungen und Felsenzeichnungen und die von ersten europäischen Beobachtern gezeichneten Szenen indianischen Lebens sind heute Ikonen „amerikanischer“ nationaler Identität. Die rückwirkende Einverleibung der verdrängten Kulturen soll – verstärkt seit den 1960er Jahren – das Erbe würdigen, das die Eroberten in die nationale Gemeinschaft eingebracht haben. Sie darf aber „Genozid?“ nicht die Distanz einebnen, die in Wirklichkeit um 1500 zwischen den Kulturen bestand: den naturnah in kleinen Gruppen lebenden Indianern nördlich des Rio Grande, die, ohne über Schrift, Rad, Zugtiere, Eisenwerkzeuge und Schießpulver zu verfügen, ein grenzenlos anmutendes Territorium verteidigen mußten, und den Eindringlingen, deren Rüstung und Technik der Naturbeherrschung einen ganz anderen Entwicklungsstand erreicht hatte. Zum Verständnis der brutalen Verdrängung der Ureinwohner Nordamerikas reicht es nicht aus, den Vorgang als „Genozid“ zu bezeichnen, weil damit lediglich der Vernichtungswille der Europäer als erklärender Faktor benannt wird.

Zwischen dem Rio Grande und dem Polarmeer lebten um 1492 nach sehr groben Schätzungen zwischen 7 und 10 Millionen Ureinwohner verstreut in über 250 Stammesverbänden, die über 50 verschiedenartigen Sprachgruppen angehörten. Südlich des Rio Grande und auf den karibischen Inseln lebten weitere 40 bis 60 Millionen Ureinwohner. Am dichtesten besiedelt war das heutige Mexiko mit 20 bis 30 Millionen Menschen. Zum Vergleich: In Europa lebten um 1500 etwa „Indianersterben“ 60 bis 88 Millionen Menschen. Auch wenn es in Nordamerika schon wegen der dünnen Besiedlung keine Eroberungsfeldzüge gab, die das Ausmaß der Grausamkeiten der Conquistadoren erreichten – die Landnahme der Europäer führte auch dort innerhalb weniger Jahrzehnte zur katastrophalen Dezimierung der Indianerstämme, und zwar mehr durch Krankheitserreger als durch europäische Waffen. Die überlebenden, dezimierten Stämme verloren angesichts der ihnen unerklärlichen Katastrophen weitgehend ihre Autoritäts- und Organisationsstrukturen. Die zahlreichen Indianerüberfälle, die die französischen und englischen Siedler während des 17. und 18. Jahrhunderts in Angst und Schrecken versetzten und denen Tausende von ihnen zum Opfer fielen, waren insgesamt nur Nadelstiche und Rückzugsgefechte, die die europäische Invasion und Land-